

Friedenskundgebung
anlässlich
zum Antikriegstag - Weltfriedenstag

vor dem am Rathaus Pinneberg am 1. September 2021

Beginn: 18:00 Uhr
Abschluss: 19:30 Uhr

Veranstalter sind das Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg und die Initiative zur Ergänzung der Pinneberger Nazi-Stele am Bahnhof zu einem Mahnmal

Moderation: Dieter Borchardt



Es werden sprechen:

Cornelia Möhring MdB Direktkandidatin für DIE LINKE
Ralf Stegner MdL Direktkandidat für die SPD
Dr. Ann-Kathrin Tranziska Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Mike Hörster ver.di Kreis Pinneberg
Dieter Borchardt für das Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg

Eingeladen sind weiterhin die Direktkandidat*innen der CDU, FDP und SSW. Es liegen z.Z. aber keine Antworten vor.

Wir möchten Sie ebenfalls auf den Gottesdienst zum Antikriegstag um 10 Uhr am Sonntag, den 5. September in der Christuskirche hinweisen.

(Es besteht während der Kundgebung die bekannte Abstandsregelung)

Liebe Freund*innen, Liebe Pinneberger*innen,

wir, das „Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg“ und die „Initiative zur Ergänzung der Pinneberger Nazi-Stele am Bahnhof zu einem Mahnmal“, möchten Sie zu dieser Friedenskundgebung ganz herzlich einladen. Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg - am Ende des Krieges gab es über 60 Millionen Tote.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die heutige Situation keinen sicheren Frieden garantiert. Dies unterstreicht auch der US-Präsident vor kurzem, als er sagte: „Ich denke, es ist mehr als wahrscheinlich, dass wir in einem Krieg enden werden - einem echten Krieg mit einer Großmacht - als Folge eines Cyberangriffs von großer Tragweite, und die Wahrscheinlichkeit nimmt exponentiell zu“ (Süddeutsche Zeitung - [SZ.de](https://www.sz.de) vom 28.07.2021.).

Die Atomkriegsuhr der Zeitschrift [Bulletin of the Atomic Scientists](https://bulletinoftheatomicscientists.org/) („Berichtsblatt der Atomwissenschaftler“ an der zurzeit 17 Nobelpreisträger*innen mitarbeiten) steht 100 Sekunden vor zwölf, dass der Menschheit existentielle Gefahren z.B. durch Nuklearwaffen drohen. Das schwedische Forschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) hat seinen Jahresbericht veröffentlicht. Er zeigt, dass die Zahl betriebsfähiger Atomwaffen weltweit steigt. Alle Staaten, die im Besitz von Atomwaffen sind, entwickeln und stationieren neue nukleare Systeme. Diese Entwicklung bedeutet eine Trendwende und Abkehr von der sinkenden Zahl der Atomwaffen in den USA und Russland seit dem Kalten Krieg. Ein neues atomares Wettrüsten, an dem sich neun Staaten beteiligen, hat begonnen. Damit steigt die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes erheblich.

Wir fordern daher eine neue Entspannungspolitik, eine gute Nachbarschaft zu allen unseren Nachbarn ist das Gebot der Stunde:

Ein erster Schritt könnte der Abzug der ca. 20 amerikanischen Atombomben aus Deutschland sein. Die atomare Teilhabe der Bundesrepublik - ein Relikt aus den sechziger Jahren, um die deutsche Atombombe zu verhindern - sollte von der nächsten Bundesregierung beendet werden. Es würde viele Milliarden Euro sparen und ein deutliches Zeichen der Entspannung sein. Als weiteren Schritt fordern wir den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, der am 22. Januar 2021 in Kraft getreten ist.

Wir lehnen das Aufrüstungsprogramm - 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Militärausgaben jährlich zur Verfügung zu stellen - ab. In wenigen Jahren würde Deutschland dadurch nach den USA und China am meisten Geld in die Rüstung stecken. Dies fördert nicht das Vertrauen unserer Nachbarn und ist kein Schritt hin zur Entspannungspolitik.

Rüstung tötet auch in Friedenszeiten. Unendliche Ressourcen werden in Rüstung und militärtechnische Forschungen „versenkt“. Der Verbrauch dieser Ressourcen ist extrem klimaschädlich. Diese Ressourcen fehlen letztendlich bei der Lösung von wichtigen Menschheitsproblemen wie sauberes Wasser, ausreichend Nahrung, gute Bildung und medizinische Versorgung.

Wir haben die Direktkandidat*innen zur Bundestagswahl für unseren Wahlkreis eingeladen, ihre friedenspolitischen Ziele auf der Kundgebung zu erläutern. Insbesondere haben wir nachgefragt, wie sie insbesondere zur Stationierung der amerikanischen Atomwaffen auf deutschen Boden, zur atomaren Teilhabe der Bundesrepublik und zum Atomwaffenverbotsvertrag stehen. Wir sind gespannt auf ihre Antworten.

Mit dieser Kundgebung wollen wir die Friedenspolitik mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung bringen.

Kommen Sie vorbei!